

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Zur Halbzeit der Wahlperiode: Das Saarland braucht ein klares Leitbild; die SPD-Alleinregierung hat keinen Plan.

Der Landtag wolle beschließen:

Nach rund zweieinhalb Jahren SPD-Alleinregierung befindet sich das Saarland in einer schwierigen Lage. Im Bereich Wirtschaft und Strukturwandel jagt seit dem Regierungswechsel eine schlechte Nachricht die nächste: Das große Debakel um die Ford-Nachfolge, zahlreiche offene Fragen bei der Umstellung auf grünen Stahl sowie die Ungewissheit, ob dringend notwendige Ansiedlungsprojekte gelingen.

Außerdem ist die Alleinregierung viel zu einseitig auf die Großindustrie fixiert. Darüber vernachlässigt sie die kleinen und mittleren Unternehmen, obwohl diese die meisten Arbeitsplätze stellen. Die von der SPD versprochenen 400.000 sozialversicherungspflichtigen Jobs im Saarland sind bei Weitem nicht in Sicht. Das Saarvenir, die nach Kritik aus der Wirtschaft wieder einkassierte Umzugsprämie – beides Rohrkrepierer. Ein Tinyhouse in den Vorgärten von Unternehmen – eine Schnapsidee. Alles Flops bei der Gewinnung von Fachkräften für die saarländische Wirtschaft. In der Staatskanzlei hat die SPD eine neue, hochdotierte Stelle für einen Strukturwandelbeauftragten geschaffen, von dem man nichts sieht und nichts hört.

Die SPD regiert im Saarland und im Bund, doch den von ihr versprochenen Industriestrompreis gibt es bis heute nicht. Neben bezahlbaren Strompreisen ist nach wie vor offen, ob die Versorgung der Saar-Wirtschaft mit Wasserstoff rechtzeitig und ausreichend gelingt. Viele – von den Gewerkschaften bis zu den Unternehmensverbänden – machen sich deshalb große Sorgen, dass der Strukturwandel scheitert: vor allem an falschen wirtschafts- und energiepolitischen Entscheidungen der SPD-Regierungen in Land und Bund.

Der Notstand an unseren Schulen wird unter der SPD-Alleinregierung immer größer: Immer weniger Kinder beherrschen die deutsche Sprache. Doch statt

Ausgegeben: 05.09.2024

das erfolgreiche Sprachförderprogramm „Früh Deutsch lernen“ auszubauen, hat die SPD es eingestellt. Die Migrationszahlen sind auf einem Rekord-Hoch, doch die Einrichtung von Willkommensklassen mit einer gezielten Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund scheitert an der SPD. Die Digitalisierung wird immer wichtiger, doch die SPD hat kein erkennbares Konzept und lässt die Schulträger im Regen stehen. Der Lehrermangel wird größer, doch ein Konzept der Bildungsministerin, um diesem durch fachlich gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer zu begegnen, fehlt weiter völlig. Stattdessen setzt sie hauptsächlich auf Quereinsteiger. Gleichzeitig vergrault sie mit Ignoranz gegenüber Überlastungsanzeigen, Brandbriefen, Verbesserungsvorschlägen der Fachkräfte und durch die chaotischen Zustände bei Stellenvergaben potenzielle neue Lehrerinnen und Lehrer. In unseren Kitas ordnet die Alleinregierung der Beitragsfreiheit alles andere unter. Dadurch leiden Qualität und Verlässlichkeit in der Betreuung massiv. Viele Kitas müssen die Öffnungszeiten kürzen. Dabei brauchen wir beides: gute Qualität und Bezahlbarkeit.

Die saarländischen Städte und Gemeinden sind momentan so stark belastet wie selten zuvor. Doch die Alleinregierung lässt die Kommunen im Stich, von der Zuwanderung, der medizinischen Versorgung, den Finanzen bis zur Landesplanung. Die im Koalitionsvertrag der Ampel versprochene Altschuldenlösung für die Kommunen gibt es bis heute nicht, ebenso wenig ein wahrnehmbares und erfolgreiches Engagement der Saar-SPD hierfür. Dabei kommen die Kommunen gerade auch durch die Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen immer mehr unter Druck. Doch die Alleinregierung schiebt die Lösung der Probleme, wie auch die finanzielle Absicherung der Krankenhausversorgung, allein den Kommunen zu. Den kommunalen Finanzausgleich und den Landesentwicklungsplan schiebt sie auf die lange Bank: Mit solchen Verfahrensverzögerungen will die SPD sich offenbar davor drücken, in der laufenden Wahlperiode konkrete Entscheidungen zu treffen.

Gerade der ländliche Raum droht abgehängt zu werden: Umweltministerin Berg erklärt das Auto zum Feind – und das im Saarland, wo Tausende Arbeitsplätze von der Automobilindustrie abhängen. Wer auf das Auto angewiesen ist, weil er im ländlichen Raum lebt, den will sie mit Verboten gängeln. Das ist Politik gegen das Auto, auch mit dem Verbrennerverbot, dass die SPD immer unterstützt hat. Dabei muss gelten: Im Autoland Saarland darf das Auto nicht verteufelt werden. Auch deshalb nicht, da der ÖPNV auch nach über 12 Jahren SPD-Verantwortung im saarländischen Verkehrsministerium nicht richtig in die Gänge kommt, weder innerhalb des Saarlandes, noch bei der Anbindung an das übrige Bundesgebiet sowie nach Luxemburg und Frankreich.

Unseren Rechtsstaat zu sichern und zu stärken, ist aktuell wichtiger denn je. Doch bei den Neueinstellungen bei der Polizei begeht die SPD Wortbruch: Im Wahlkampf hatte Anke Rehlinger noch persönlich versprochen: „Wir werden die Zahl der Anwärterinnen und Anwärter auf 150 erhöhen. Nur so können wir die Abgänge der geburtenstarken Jahrgänge stabilisieren und dann hin zu einem größeren Personalkörper gelangen.“ Diese Zahl hat sie inzwischen in drei Haushaltsjahren in Folge gerissen. Die mehrfach verzögerte Potenzialanalyse zur saarländischen Polizei und die schleppende Umsetzung der Polizeireform

lassen weiterhin viele Fragen ungeklärt. Und im Bereich der Justiz sind die Defizite unter der Alleinregierung so alarmierend geworden, dass beispielsweise der Landesverband der Justizwachtmeister vor massiven Sicherheitslücken warnt.

Der Bereich Kultur ist unter Verantwortung der Ministerin zu einem einzigen Trümmerfeld geworden. In der Breitz-Affäre hat die Ministerin das in sie gesetzte Vertrauen in nahezu der gesamten saarländischen Kulturszene zerstört. Eine konsequente Aufarbeitung dieser Missstände verzögert und behindert sie. Dadurch führt ein von seiner politischen Bedeutung untergeordnetes Thema zu der relevanten Frage: Was hat die Ministerin zu verbergen? Das undurchsichtige und überhebliche Agieren beim Denkmalschutz, das sogar zum Rücktritt des Vorsitzenden des Landesdenkmalrates als Ausdruck des Protests geführt hat, verstärkt diesen Eindruck. Insgesamt prägt diese Arroganz der Macht der SPD die erste Hälfte der Wahlperiode; weitere Belege sind etwa das Durchdrücken der Gesetze zum Saarländischen Rundfunk und zu den Hochschulen.

Vor diesem Hintergrund wird offensichtlich, dass die SPD-Alleinregierung insbesondere in den zentralen Bereichen Wirtschaft, Bildung, Innere Sicherheit und Kommunen planlos ist und die notwendige Gestaltungskompetenz vermissen lässt.

Dem stellen wir als CDU-Landtagsfraktion bessere Ideen für unser Land gegenüber und sind damit die klare Regierungsalternative:

Wir haben Maßnahmen vorgeschlagen, um der drohenden bzw. teilweise bereits eingetretenen Deindustrialisierung mit der notwendigen Entschlossenheit entgegenzutreten und unsere Wirtschaftspolitik auf eine neue Stufe zu heben. Wir stehen für eine solide und seriöse Haushalts- und Finanzpolitik, die die verfassungsrechtlichen Vorgaben achtet und kommende Generationen nicht noch mehr belastet. Wir fordern einen grundlegenden Richtungswechsel in der saarländischen Bildungspolitik. Wir drängen darauf, für einen starken Rechtsstaat Polizei und Justiz zu stärken. In der Asyl- und Flüchtlingspolitik wollen wir eine grundlegende Wende. Wir wollen den „saarländischen Weg“ – Kommunen und Land, Hand in Hand – bei der Bewältigung zentraler Probleme wieder aufnehmen.

Diese Arbeit werden wir auch in den kommenden zweieinhalb Jahren fortsetzen und im Wettbewerb mit der Alleinregierung besseren Ideen für das Saarland vorlegen – denn das Saarland braucht ein klares Leitbild.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung auf,

1. die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer gesamten Wirtschaft zu stärken, den Strukturwandel im Saarland zu fördern und solide Landesfinanzen zu sichern; hierzu zählen insbesondere:
 - a. die schnelle Anbindung an das deutsche und europäische Wasserstoffnetz zu ermöglichen und die Wasserstoffproduktion auszubauen;

- b. sich engagiert für wettbewerbsfähige Strompreise in Deutschland einzusetzen, z.B. durch die rasche Einführung des von Olaf Scholz und der SPD im Wahlkampf versprochenen Industriestrompreises;
- c. Wirtschafts-, Energie- und Klimapolitik zusammen zu denken – denn der Schlüssel für mehr Klimaschutz liegt vor allem in Innovationen und neuen Technologien, nicht in Verboten – und sich deshalb für die CO₂-Bepreisung als zentrales Steuerinstrument einzusetzen, um die Klimaziele zu erreichen, flankiert um einen funktionierenden sozialen Ausgleich, z.B. durch das Klimageld, sowie um wirksame und verlässliche Förderprogramme;
- d. Erneuerbare Energien sinnvoll und wirtschaftlich unter den Bedingungen des Schutzes von Klima, Natur und Umwelt auszubauen und daher beispielsweise beim Ausbau der Windkraft zu vermeiden, dass Artenvielfalt, Natur, Landschaft und damit auch die Lebensqualität im ländlichen Raum und in unseren Wäldern für einen äußerst geringen ökonomischen Nutzen geopfert werden;
- e. solide Landesfinanzen auch für die kommenden Generationen zu sichern und deshalb die Aufnahme von Notlagekrediten zur Finanzierung des Transformationsfonds deutlich zu reduzieren und eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung sowie eine wachsame und stetige Qualitätskontrolle der daraus finanzierten Maßnahmen zu gewährleisten;
- f. ein endgültiges Debakel nach dem Ford-Aus in Saarlouis abzuwenden und sich entschlossen für den Erhalt der Arbeitsplätze auf dem Röderberg einzusetzen, Professionalität, Klarheit, Transparenz und Struktur in die Verhandlungen zu bringen sowie das Parlament und die Stadt Saarlouis in die Planungen und Verhandlungen umfänglich einzubeziehen;
- g. im Rahmen der Zuständigkeit des Landes eine schnelle Umsetzung aktuell in Schwebelage befindlicher Ansiedlungsprojekte voranzutreiben;
- h. ein intelligentes, auskömmliches Industrieflächenmanagement entschiedener als bisher umzusetzen und dafür Sorge zu tragen, dass die Ansiedlung aktueller und künftiger Projekte nicht an mangelndem Flächenangebot scheitert;
- i. Mittel von Bund und EU für das Saarland – analog der Braunkohlereviere – einzufordern, da unser Land nach Auffassung der Alleinregierung der „Lackmustest für das Gelingen der Transformation in Deutschland und Europa“ ist und damit eine Angelegenheit von nationalem Interesse;
- j. sich auf allen Ebenen eindeutig zur Technologieoffenheit zu bekennen und sich für eine Zukunftsperspektive für den sauberen Verbrennungsmotor und für synthetische Kraftstoffe einzusetzen sowie für eine europäische Regelung, damit Neufahrzeuge mit CO₂-neutralem Kraftstoff auch nach 2035 zugelassen werden können;
- k. die kleinen und mittleren Unternehmen nicht zu vergessen und darzulegen, mit welcher Strategie sie KMU bei den aktuellen Herausforderungen, insbesondere hinsichtlich Digitalisierung und Fachkräftemangel, stärker unterstützen wird;
- l. überflüssige und belastende Bürokratie schnell und spürbar abzubauen und sich hierfür auch auf Bundesebene stärker einzusetzen;
- m. die zügige und umfassende Verwaltungsmodernisierung in der Landesverwaltung sowie auch zusammen mit dem Zweckverband eGo Saar

- und den Kommunen voranzutreiben und dafür die Digitalisierung der einzelnen Verwaltungsleistungen, insbesondere die Fokusleistungen, und die Modernisierung der Register nachhaltig zu finanzieren;
- n. einen saarländischen Startup-Fonds aufzulegen, der mit mindestens 100 Mio. Euro ausgestattet und für private Anleger geöffnet wird, sowie eine echte „One-Stop-Shop“-Strategie umzusetzen, die einen zentralen Zugang für Gründerinnen und Gründer auf dem Weg zum eigenen Unternehmen bietet;
 - o. die Verkehrsanbindung des Standortes Saarlandes nachhaltig weiterzuentwickeln und dazu unter anderem zur Verwirklichung einer direkten Bahnverbindung aus dem Saarland nach Luxemburg gegenüber dem Bundesverkehrsministerium die Initiative zu ergreifen, damit dieses die Erstellung einer Machbarkeitsstudie für dieses für das Saarland bedeutende Infrastrukturprojekt aus dem Bundeshaushalt finanziert;
2. einen grundlegenden Richtungswechsel in der saarländischen Bildungspolitik vorzunehmen, um den Notstand an unseren Schulen und Kitas zu stoppen sowie das Missmanagement im Bildungs- und Kulturressort unverzüglich abzustellen; hierzu zählen insbesondere:
- a. eine Qualitätsoffensive zur Sprachförderung an den saarländischen Schulen und Kitas einzuleiten und dazu das Sprachförderprogramm „Früh Deutsch lernen“ sofort wieder aufzunehmen und ein flächendeckendes Angebot im gesamten Saarland sicher zu stellen, Willkommensklassen an den weiterführenden Schulen einzurichten, um den ankommenden Flüchtlingskindern und Jugendlichen ein schnelleres Deutschlernen zu ermöglichen und sie fit für die Regelbeschulung zu machen sowie Sprachförderklassen zur weiteren gezielten Sprachförderung auch in der Grundschule flächendeckend im gesamten Saarland einzuführen, um auch Kinder mit Sprachbehinderungen kontinuierlich weiter zu fördern;
 - b. den Übergang von der Grundschule zum Gymnasium über klare Zugangsvoraussetzungen zu regeln und die sukzessive Abschaffung des Sitzenbleibens zurückzudrehen;
 - c. nach über vier Jahren endlich zeitnah eine rechtliche Grundlage für die Landesweite Systematische Medienausleihe Saar (LSMS) zu schaffen sowie ein adäquates pädagogisches Rahmenkonzept für den Einsatz der digitalen Medien an Schulen vorzulegen;
 - d. sicherzustellen, dass alle Kinder im letzten Kindergartenjahr eine Kindertageseinrichtung besuchen, zur Bedarfsdeckung endlich eine umfassende Fachkräfteoffensive zu starten, um mehr Erzieherinnen und Erzieher für diesen Beruf anzuwerben, sowie die Bundesmittel aus dem „Kita-Qualitätsgesetz“ vollumfänglich zur echten Qualitätssteigerung in den saarländischen Kindertagesstätten einzusetzen;
 - e. die berufliche Bildung im Saarland stärken und weiterentwickeln und dazu eine Qualitätsoffensive zur Ausbildung der Fachkräfte von morgen umzusetzen;
 - f. die Voraussetzungen für die Gewährleistung einer verfassungskonformen Ausgestaltung des Ganztagsangebotes an den saarländischen Förderschulen mit den Förderschwerpunkten geistige Entwicklung, körperliche und motorische Entwicklung, Sehen und Hören zu schaffen;

- g. das Gesetz über die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz (SSKG) dahingehend zu ändern, dass dauerhaft tragfähige, klar geordnete und belastbare Strukturen geschaffen werden und die Personalunion aus Kuratoriumsvorsitz und Kulturminister aufgehoben wird sowie die Rolle des Kulturministeriums in Bezug auf die Stiftung insgesamt neu zu ordnen und zu regulieren;
3. die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um Polizei und Justiz zu stärken, einen starken Rechtsstaat und die innere Sicherheit zu gewährleisten, sich für einen Stopp der irregulären Migration und eine zielgerichtete Einwanderungspolitik einzusetzen sowie in einem gemeinsamen Kraftakt mit den saarländischen Kommunen die für deren Zukunftsfähigkeit existenziellen Fragen nachhaltig zu lösen und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu sichern; hierzu zählen insbesondere:
- a. die versprochene Neueinstellung von 150 Anwärterinnen und Anwärtern pro Jahr bei der saarländischen Vollzugspolizei endlich zu realisieren;
 - b. eine Einstellungsoffensive im Bereich von Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamtinnen und -beamten durchzuführen, damit mehr Polizistinnen und Polizisten ihren regulären Aufgaben nachkommen können;
 - c. sich auf allen Ebenen für einen Stopp der irregulären Migration und einen effektiven Schutz der EU-Außengrenzen einzusetzen sowie nur Menschen mit guter Bleibeperspektive an die Kommunen zu verteilen;
 - d. die vielfach angekündigte Rückführungsoffensive endlich zu realisieren;
 - e. sich für die Wiederaufnahme des Gesetzesziels der „Begrenzung“ der Zuwanderung im Aufenthaltsgesetz einzusetzen und § 1 Abs. 1 Satz 1 wieder wie folgt zu formulieren: „Das Gesetz dient der Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland.“;
 - f. baldmöglichst eine Außenstelle der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) in Saarbrücken einzurichten, die weitere Personalisierung in der ZAB zu erhöhen und die Digitalisierung voranzutreiben;
 - g. sich für die formale Trennung von Fachkräfte-Einwanderung und Einwanderung aufgrund von Flucht einzusetzen: mit einer bundesweiten Fachkräfte-Einwanderungsagentur, die sich gezielt um die Einwanderung ausländischer Fachkräfte kümmert und alle behördlichen Verfahren aus einem Guss, weitgehend digital umsetzt;
 - h. sich für eine Schaffung eines klar definierten Rechtsrahmens für die Verkehrsdatenspeicherung in Deutschland auf der Grundlage der europäischen Rechtsprechung einzusetzen: Zum Zwecke der Verfolgung schwerer Kriminalität muss eine anlasslose Mindestspeicherung von IP-Adressen von einem Monat vorliegen;
 - i. den aktuellen Entwurf des Landesentwicklungsplans 2030 Saarland zu stoppen und eine grundlegende Überarbeitung unter Berücksichtigung der kommunalen Anliegen und Bedenken vorzunehmen;
 - j. die Kommunen beim Kampf gegen illegalen Müll unterstützen und dazu die Videoüberwachung von Containerstellplätzen und Wertstoffhöfen gesetzlich ermöglichen;

- k. eine konkrete, verlässliche, bedarfsgerechte und finanziell tragfähige Krankenhausplanung zeitnah vorzulegen, die eine sichere und wohnortnahe Versorgung der Menschen im ganzen Saarland sowie den Bestand unserer Krankenhäuser nachhaltig sichert;
- l. den Ärztemangel ursächlich bekämpfen und die ärztliche Versorgung im ganzen Land nachhaltig zu sichern, unter anderem durch eine länderübergreifende Zusammenarbeit zwischen dem Saarland und Rheinland-Pfalz zur Erhöhung der Studienplätze für Humanmedizin an der Universität des Saarlandes in Homburg.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.